

<b>Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>			<b>Sitzungsprotokoll L-20 Christian Dreyer</b>
<b>19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019</b>			
<b>Sitzungstag:</b> <b>06.06.2017</b>	<b>Sitzungsbeginn:</b> <b>14.30 Uhr</b>	<b>Sitzungsende:</b> <b>16.00 Uhr</b>	<b>Sitzungsort:</b> Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
<b>Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste</b>			
<b>Vorsitz: Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert</b>			

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 02.05.2017	
TOP 3	Jahresbericht Verbraucherschutz 2016	L-85-19
TOP 4	Berufskrankheitenverfahren	L-81-19
TOP 5	Berichtsbitte Bündnis 90/Die Grünen Schulgeldfreiheit für therapeutische Gesundheitsfachberufe	L-84-19
TOP 6	Berichtsbitte Bündnis 90/Die Grünen Abschiebungsgutachten	L-83-19
TOP 7	Nachberufung Herr W. Schober für die Besuchskommission (als Vertreter für Herrn Erlanson)	L-82-19
TOP 8	Berichtsbitte SPD zum Sozialpädiatrischen Institut (SPI)	L-86-19
TOP 9	Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher - Neuberufung	L-87-19
TOP 10	Verschiedenes	

<b>TOP 1</b>	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>
<b><u>Beschluss (einstimmig):</u></b>	
Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.	

**TOP 2 | Protokoll der Sitzung vom 02.05.2017**

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** bittet zu TOP 5 Einsetzung eines Deputationsausschusses (Ferienausschuss) den Beschlusstext um die Namen der jeweils benannten Mitglieder der Fraktionen zu ergänzen: Frau Dehne (SPD), Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen), Herr Bensch (CDU), Herr Dr. Dr. Buhler (FDP) und Herr Erlanson (DIE LINKE).

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll der Sitzung vom 02.05.2017 mit den Änderungen von Frau Dr. Kappert-Gonther zu.

**TOP 3 | Jahresbericht Verbraucherschutz 2016  
(Vorlage L-85-19)**

**Frau Grobien (CDU)** bittet um Mitteilung, ob die Verbraucherzentrale bei der Erstellung des Jahresberichts einbezogen wurde.

**Frau Dehne (SPD)** betont, wie gut der Umgang mit dem Thema Legionellen geklappt hat. Frau Dehne weist zudem auf das im Jahresbericht erwähnte Schwerpunktprogramm für Bäckereien hin und fragt, ob es demnächst ein neues Schwerpunktprogramm geben wird. Frau Dehne bittet ferner um Mitteilung, ob in dem aus der Medienberichterstattung bekannten Fall eines falsch etikettierten Trinkbranntweins ein Bußgeldverfahren betrieben wird. Frau Dehne erkundigt sich ferner nach den unterschiedlichen Formen der Shrimps-Aufzucht sowie deren jeweiligen Einfluss auf die Anzahl von Krankheitserregern bei den unterschiedlichen Aufzuchtarten.

**Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)** fragt, ob im Rahmen des Jahresberichts, beispielsweise bei Keimzahlen betreffend Garnelen und Fleisch, zwischen konventioneller und ökologischer Lebensmittelerzeugung unterschieden wurde. Herr Saffe erkundigt sich ferner nach den möglichen Konsequenzen von Falschkennzeichnungen bzw. irreführenden Kennzeichnungen bei Lebensmitteln. Zudem interessiert Herrn Saffe, wie sich die Schließung der beiden Schlachthöfe insbesondere auf die Tiertransporte auswirkt. Herr Saffe bittet ebenfalls um Mitteilung, wo sich der auf Seite 38 des Jahresberichts genannte landwirtschaftliche Betrieb befindet, bei dem 260 Kühe gehalten wurden. Herr Saffe fragt zu den Bienen im Land Bremen, ob es auch in Bremen das Problem der „Völkerdiebstähle“ gibt.

**Herr Meya (Bündnis 90/Die Grünen)** fragt nach dem Zustand der Bienen im Land Bremen. Dem Bericht könne entnommen werden, dass es kein Bienensterben im Land Bremen gebe. Wie komme es zu diesem Ergebnis und wie seien die spezifischen Bedingungen im Land Bremen? Ferner erkundigt sich Herr Meya, inwieweit die Verbraucherzentrale bei Verstößen gegen Verbraucherschutznormen gegen Unternehmen gerichtlich vorgeht.

**Herr Dr. Dr. Buhler (FDP)** entnimmt dem Bericht, dass weniger Betriebskontrollen durchgeführt aber mehr Verstöße geahndet wurden. Liegt das an dem risikoorientierten Ansatz? Herr Dr. Dr. Buhler erkundigt sich betreffend den wirtschaftlichen Verbraucherschutz ferner nach der derzeitigen Stellensituation im Ressort.

**Frau Dr. Schröder (Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen)** antwortet auf die Fragen wie folgt:

- Frau Dr. Schröder teilt mit, dass bei geschlossenen Aquakulturen die Zahl der Krankheitserreger höher ist, da die Tiere in hoher Dichte gehalten werden.
- Zur konventionellen und ökologischen Herkunft von Lebensmitteln führt Frau Dr. Schröder aus, dass die im Handel erhältlichen Produkte untersucht werden. Für die Untersuchung sei die Herkunft (konventionelle oder ökologische) nicht von Interesse. Ob es bei konventioneller und ökologischer Herkunft unterschiedliche Keimzahlen bei Lebensmitteln gebe, könne daher nicht beantwortet werden.
- Frau Dr. Schröder erläutert, dass je nach Art der falschen/irreführenden Kennzeichnung als Konsequenz eine Straftat oder ein Bußgeld in Betracht kommt. Bei kleineren Betrieben werde im Erstfall ggf. zunächst verwahrt und erst im Wiederholungsfall ein Bußgeld verhängt. Zudem können bei bestimmten Kennzeichnungen die Etiketten bei geringfügigen Verstößen ggf. auch aufgebraucht werden. Im Falle des falsch etikettierten Trinkbrandtweins komme bei einer Gesundheitsgefährdung ggf. eine Straftat, ansonsten ein Ordnungswidrigkeitenverfahren in Betracht.
- Frau Dr. Schröder antwortet zudem, dass Landwirte mit mehr als 100 Tieren vor allem im Wümme-Gebiet ansässig sind. So auch der auf Seite 38 des Jahresberichts genannte Landwirt, der 260 Kühe gehalten hatte.
- Frau Dr. Schröder teilt ferner mit, dass derzeit geprüft wird, welches Schwerpunktthema im nächsten Jahr benannt wird. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen.
- Zur Schließung der beiden Schlachthöfe merkt Frau Dr. Schröder an, dass die Tiertransporte vermutlich nunmehr u.a. Richtung Cloppenburg gehen und die Schweine dort geschlachtet werden.
- Frau Dr. Schröder erläutert, dass aufgrund der angespannten Personalsituation im Bereich der Lebensmittelkontrolle weniger Betriebskontrollen durchgeführt werden konnten.
- Zum Thema Bienensterben teilt Frau Dr. Schröder mit, dass im städtischen Bereich weniger gespritzt wird als im landwirtschaftlichen Bereich und dies ggf. zu einer verringerten Bienensterblichkeit führt. Dies sei aber eine reine Vermutung. Zum Thema Völkerdiebstahl kann Frau Dr. Schröder nichts sagen.

**Frau Dr. Hanke (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)** führt zum Umfang des aktuellen Jahresberichts aus, dass aufgrund der Fülle der Themen eine Schwerpunktsetzung vorgenommen wurde. Würde die gesamte Bandbreite abgebildet, so würde der Bericht mindestens doppelt so umfangreich ausfallen – dies sei aber vom Arbeitsaufwand nicht mehr zu leisten.

Frau Dr. Hanke erläutert zu einer Beteiligung der Verbraucherzentrale an der Erstellung des Jahresberichts, dass es betreffend den gesundheitlichen Verbraucherschutz kaum Schnittpunkte mit der Verbraucherzentrale gibt und sich die Tätigkeit des Ressorts insoweit auf amtliche Kontrollen beschränkt. Schnittpunkte mit der Verbraucherzentrale gebe es im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes. Hier gebe es auf Arbeitsebene einen regelmäßigen Dialog.

Frau Dr. Hanke merkt zur Frage, inwieweit die Verbraucherzentrale bei Verstößen gegen Verbraucherschutznormen gegen Unternehmen gerichtlich vorgeht, an, dass die Verbraucherzentrale Bremen erst dann gerichtlich tätig wird, wenn die Kostenübernahme sichergestellt ist. Es soll nunmehr geprüft werden, ob man nicht doch zunächst im Rahmen von Abmahnschreiben tätig werden kann.

**Herr Staatsrat Kück** ergänzt, dass die Arbeit der Verbrauchzentrale in dem Jahresbericht gewürdigt wird.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** betont, dass sich die Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale gut etabliert hat und führt aus, dass die gemeinsamen Veranstaltungen fortgeführt werden sollen. Im Bereich des Verbraucherschutzes im Ressort konnten die bisherigen temporären Finanzmittel (1,5 Stellen) im Zuge der Haushaltsaufstellung 2018/2019 finanziell nachhaltig abgesichert werden.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den gemeinsamen Jahresbericht 2016 des Fachreferats bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, des Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienstes des Landes Bremen und des Landesuntersuchungsamtes für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin zur Kenntnis.

**TOP 4** | **Berufskrankheitenverfahren  
(Vorlage L-81-19)**

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** bittet um Mitteilung, ob die Beratungskapazität bei der Arbeitnehmerkammer ausreicht und die Beratungsqualität sichergestellt ist.

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** betont die gute Qualität der Beratungsstelle und erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand auf Bundesebene betreffend eine Regelung zur Beweislastumkehr im Rahmen der Kausalität.

**Frau Dehne (SPD)** betont die Wichtigkeit von verständlichen Schreiben und Informationsunterlagen und erkundigt sich insoweit nach dem derzeitigen Stand.

**Frau Gerdes (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)** führt in das Thema ein und erläutert, dass vor einer Entscheidung der Berufsgenossenschaft (BG) die vorgelegten Gutachten im Rahmen der Aufsichtsfunktion in erster Linie auf Schlüssigkeit hin überprüft werden. Bei Unstimmigkeiten werde der Vorgang an die BG zurückgegeben, die dann in eigener Verantwortung weitere Prüfungen vornehme und den Vorgang sodann dem Ressort erneut vorlege. Im Vordergrund der Aufgabenerfüllung stehe die Qualitätssicherung des Berufskrankheitenverfahrens. Soweit medizinische Fragen aufkommen, würden diese an die BG weitergeleitet. Eine Stellenbesetzung durch eine/n Medizinerin/Mediziner sei daher nicht zwingend erforderlich.

Frau Gerdes teilt zum Thema Beweislastumkehr mit, dass auf Bundesebene derzeit Gespräche laufen – mit einem Ergebnis aber wohl nicht mehr in dieser Legislaturperiode zu rechnen ist. Ferner erläutert Frau Gerdes den Aufbau und die Gestaltung des an die erkrankte Person gerichteten einschlägigen Informationsschreibens und des dem Schreiben anliegenden Informations-Flyers.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Neuausrichtung der Stelle des Landesgewerbeärztes und den anliegenden Bericht der Bremer BK - Beratungsstelle zur Kenntnis.

TOP 5	<b>Berichtsbitte Bündnis 90/Die Grünen Schulgeldfreiheit für therapeutische Gesundheitsfachberufe (Vorlage L-84-19)</b>
-------	---

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** führt in das Thema ein und erläutert, dass das Vorhaben „Einstieg in die Schulgeldfreiheit“ bereits im Koalitionsvertrag formuliert wurde. Die vom Krankenhausplanungsausschuss eingesetzte Unterarbeitsgruppe beschäftige sich mit Nachdruck mit der Frage der Umsetzung des Vorhabens. Das Thema spiele auch bei den aktuellen Haushaltsberatungen eine große Rolle. Nach Möglichkeit solle bereits ab 2018 das Vorhaben soweit umgesetzt worden sein, dass zumindest eine Reduzierung des Schulgeldes für eine erste Gruppe von Schülerinnen und Schülern in den betreffenden Gesundheitsfachberufen erreicht werden kann. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt bekräftigt, dass sie sich vehement für die Umsetzung des Vorhabens einsetzt.

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** begrüßt die Ausführungen von Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt und betont die Notwendigkeit der Bildung eines gemeinsamen Fonds von Krankenkassen, Anbietern und dem Land Bremen zur Finanzierung des Vorhabens damit eine ausgewogene Finanzierung erreicht werden kann.

**Frau Dehne (SPD)** schließt sich den Ausführungen der Vorrednerinnen zum Einstieg in die Schulgeldfreiheit an und begrüßt diese: gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sei es wichtig, dass der von der Senatorin geforderte Einstieg in die Schulgeldfreiheit realisiert wird.

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** betont, dass das Vorhaben nicht nur ein Anliegen der Regierungskoalition ist, sondern auch die FDP das Vorhaben unterstützt.

**Herr Bensch (CDU)** führt aus, dass die Schulgeldfreiheit auch ein Anliegen der CDU ist. Herr Bensch bittet um Mitteilung, ob die Evaluation des an der Hochschule Bremen angesiedelten Studiengangs Therapiewissenschaften bereits vorliegt und eine Fortführung des Studiengangs in Betracht kommt.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** führt aus, dass ein Feedback von den ersten Absolventinnen und Absolventen des Studiengangs ergeben hat, dass sie von dem Studiengang überzeugt sind und sich gute Berufsperspektiven durch das Studium ergeben können.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht zum Thema „Einstieg in die Schulgeldfreiheit für therapeutische Gesundheitsfachberufe“ zur Kenntnis.

TOP 6	<b>Berichtsbitte Bündnis 90/Die Grünen Abschiebungsgutachten (Vorlage L-83-19)</b>
-------	--

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** führt in das Thema ein und erläutert die in der Stadtgemeinde Bremen und in Bremerhaven praktizierten unterschiedlichen Verfahrensarten bei der Begutachtung. Es werde aber nochmal zusammen mit dem Gesundheitsamt Bremerhaven geprüft,

wie in Bremerhaven die Validität mit der dort praktizierten Art der Begutachtung sei und, ob das Verfahren der Begutachtung, wie es derzeit in der Stadtgemeinde Bremen praktiziert wird, auch in Bremerhaven zur Anwendung kommen könne.

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** dankt für die Ausführungen und begrüßt, dass mit dem Gesundheitsamt Bremerhaven nochmal geprüft wird, ob die in der Stadtgemeinde Bremen praktizierte Art der Begutachtung auch in Bremerhaven zur Anwendung kommen kann.

Frau Dr. Kappert-Gonther teilt mit, dass sie Hinweise erhalten hat, wonach die Erstellung der Gutachten in der Stadtgemeinde Bremen seit Kurzem zunehmend länger dauere und es Fälle gebe, bei denen bereits eine Abschiebung erfolgt sei noch bevor das Gutachten erstellt worden sei. Liegen dem Ressort hierzu Erkenntnisse vor?

**Herr Erlanson (DIE LINKE)** begrüßt die Sachlichkeit des Berichts und führt aus, dass die in der Stadtgemeinde Bremen praktizierte Art der Begutachtung auch in Bremerhaven zur Anwendung kommen sollte, da es sich um eine bessere Art der Begutachtung handelt.

Herr Erlanson findet es nicht nachvollziehbar, dass die Ausländerbehörde im Prinzip die Möglichkeit hat, sich über ein vorliegendes medizinisches Gutachten hinwegzusetzen, in dem gesundheitliche Gründe benannt werden, die einer Abschiebung entgegenstehen könnten und trotzdem eine Abschiebung anordnen kann.

**Herr Dr. Götz (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)** teilt mit, dass er keine Kenntnis von Fällen hat, in denen bereits eine Abschiebung vorgenommen wurde bevor ein beauftragtes Gutachten erstellt wurde. Eine Recherche im Gesundheitsamt Bremen wie auch beim Innenressort hat laut Herrn Dr. Götz ergeben, dass dort keine Fälle bekannt sind, in denen Personen abgeschoben wurden / werden, bevor ein medizinisches Gutachten vorliegt. Sollten gleichwohl Fälle bekannt werden, müssten dem Migrationsamt zur Prüfung konkrete Namen übermittelt werden.

Dass es aktuell in der Stadtgemeinde Bremen etwas länger mit der Erstellung der Gutachten dauert, liegt nach den Ausführungen von Herrn Dr. Götz daran, dass das Gesundheitsamt keine eigenen Psychiaterinnen und Psychiater vorhält und daher bei jeder Begutachtung externe psychiatrische Expertise eingeholt werden muss.

Herr Dr. Götz erläutert, dass die Begutachtung nach Aktenlage nicht unbedingt eine schlechtere Art der Begutachtung im Vergleich zur Begutachtung im Rahmen eines persönlichen Gutachtengesprächs sein muss, da bei beiden Arten der Begutachtung keine hundertprozentige Aussage darüber getroffen werden kann, ob es etwa zu einer suizidalen Handlung kommt, sondern jeweils lediglich eine Prognose abgegeben werden kann.

Herr Dr. Götz führt ferner aus, dass die Rechtslage eindeutig ist: die Entscheidung, ob abgeschoben wird oder nicht, wird durch die Ausländerbehörde getroffen und nicht durch die medizinische Begutachtung.

**Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** hält es für erforderlich, dass die in der Stadtgemeinde Bremen praktizierte Art der Begutachtung auch in Bremerhaven zur Anwendung kommt und begrüßt daher, dass es hierzu mit dem Gesundheitsamt Bremerhaven nochmal Gespräche geben wird. Herr Dr. Dr. Buhlert hält es zudem für sachgerecht, dass die Entscheidung, ob abgeschoben wird oder nicht, der Ausländerbehörde obliegt und diese im Rahmen der Entscheidung die Gutachten zu würdigen hat.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Kenntnis.

**TOP 7** | **Nachberufung Herr W. Schober für die Besuchskommission (als Vertreter für Herrn Erlanson)**  
**(Vorlage L-82-19)**

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Herrn Schober als stellvertretendes Mitglied (Stellvertreter für Herrn Erlanson, DIE LINKE) für die Besuchskommission vor.

**TOP 8** | **Berichtsbitte SPD zum Sozialpädiatrischen Institut (SPI)**  
**(Vorlage L-86-19)**

**Frau Dehne (SPD)** bedankt sich für die Erstellung des Berichts und betont noch einmal die Wichtigkeit der Schaffung des medizinischen Zentrums für Erwachsene mit schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB). Ebenfalls wichtig sei das Beibehalten der Eigenständigkeit des SPI.

**Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)** schließt sich dem Dank der Vorrednerin an und bittet um Mitteilung, wie der weitere Zeitplan zum Aufbau des MZEB aussieht.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** erläutert die weitere Zeitplanung und berichtet, dass es das erklärte Ziel ist, dass das MZEB Ende 2017 / Anfang 2018 beginnen soll die Tätigkeit aufzunehmen. Es sind aber noch viele inhaltliche Fragen mit externen Partnern, beispielsweise den Krankenkassen und dem Zulassungsausschuss, zu klären. Die räumliche Anbindung des MZEB soll am Klinikum Bremen-Mitte über das sozialpädiatrische Institut erfolgen.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den anliegenden Bericht des Fachressorts vom 30.05.2017 zur Kenntnis.

**TOP 9** | **Umsetzung des Bremer Krankenhausgesetzes / Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher – Neuberufung**  
**(Vorlage L 87-19)**

**Beschluss (einstimmig):**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz schlägt der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz die Berufung der Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher für die in der Vorlage genannten Kliniken für die Dauer von vier Jahren vor.

TOP 10 | Verschiedenes

- **Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP)** bittet um einen kurzen mündlichen Bericht zur 13. Verbraucherschutzministerkonferenz (VSMK) in Dresden und um Mitteilung, wie sich das Land Bremen eingebracht hat.

**Frau Grobien (CDU)** bittet um Mitteilung, ob das Land Bremen eigene Themen auf der Tagesordnung der VSMK hatte.

**Frau Dr. Hanke (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)** erläutert, wie die VSMK fachlich vorbereitet wird und führt aus, dass das Land Bremen bei den Sitzungen der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV) stets vertreten war und sich in Arbeitsgruppen der LAV fachlich beteiligt hat. Das Land Bremen sei daher bei der Vorarbeit der meisten Beschlüsse der VSMK beteiligt gewesen. Frau Dr. Hanke führt zudem aus, dass Mehrländeranträge oder Anträge aller Bundesländer bei der VSMK nicht üblich sind – Antragsteller ist regelmäßig lediglich das Bundesland, welches die Initiative ergriffen hat. Gleichwohl ist das Land Bremen, insbesondere in den Bereichen Tierschutz und Einfuhrkontrolle in den Arbeitsgruppen, vorbereitend tätig gewesen. Aufgrund von Terminüberschneidungen mit Beratungen der GMK habe weder Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt noch Herr Staatsrat Kück an der VSMK teilnehmen können. Es ließen sich leider mit dem Vorsitzland keine Ausweichtermine finden. Im Vorwege wurden daher mit Hamburg einige Beschlüsse abgestimmt.

**Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt** ergänzt, dass Herr Staatsrat Kück und die kommissarische Leiterin der Abteilung 4 aufgrund der ACK zur GMK terminlich in Bremen gebunden waren – sie selbst war terminlich beim Wissenschaftsrat gebunden und hatte ferner in der Funktion als GMK-Vorsitzende einen Termin mit Herrn Bundesminister Gröhe wahrzunehmen. Eine Teilnahme an der VSMK sei daher terminlich leider nicht möglich gewesen.

- **Herr Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)** bittet um Mitteilung, wann die nächste Sitzung des Tierschutzbeirats stattfinden wird.

**Frau Dr. Hanke (Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)** teilt mit, dass die nächste Sitzung für den Herbst geplant ist. Hierzu wird die Neuausrichtung des Vorstands des Tierheims abgewartet.

---

Vorsitzender

---

Protokollführer